

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 8

Artikel: Entgegnung an J.W. Brügel
Autor: Furrer, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336486>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

deren Vorteil es zu wirken bestimmt ist – jede Zusammenkunft mit Exponenten der Kolonialvölker bestätigt das ja immer wieder. Aber es steht unter der ständigen Kontrolle einer überaus wachsam öffentlichen Meinung, die der Entwicklung einer unangebrachten Selbstgefälligkeit und Selbstgerechtigkeit entgegenwirkt. So ist die britische Kolonialpolitik unter allen heute denkbaren das vom Gesichtspunkt der Kolonialvölker optimalste System, weil es langsam, vielleicht oft zu langsam, aber sicher den Weg freimacht für ihre volle Emanzipierung und ihre freundschaftliche Zusammenarbeit als Freie und Gleiche mit der übrigen Welt.

PAUL FURRER

Entgegnung an J. W. Brügel

Meine Kritik an den Mängeln des britischen Kolonialsystems und der Einstellung führender Labourleute zum ganzen Fragenkomplex hat J. W. Brügel auf den Plan gerufen. Er wirft mir vor, ich hätte die Leistungen der Labourregierung in der Verwaltung des britischen Kolonialreiches «tendenziös bagatellisiert» und mich darauf beschränkt, «aus der Fülle des vorhandenen Materials gerade nur einige willkürlich herausgegriffene Quellen zu benützen, und auch die nur insoweit, als sie einer offenbar vorgefaßten These Nahrung zu geben scheinen».

Ich begrüße die Möglichkeit, auf die Einwände Brügels zu antworten, weil ich der Meinung bin, daß der Befreiungskampf der Kolonialvölker von uns Sozialisten gar nicht ernst genug genommen werden kann. Ich werde mich bemühen, nicht in den anmaßenden Ton zu verfallen, den Brügel hier anzuschlagen beliebt, denn dabei fällt für die Wahrheit kein Gewinn heraus. Die Zeit wird lehren, welcher von uns besser informiert ist.

Nun zu meinem Standpunkt. So sehr ich die Leistungen der Labourregierung in Großbritannien bewundere, bin ich nach wie vor der Auffassung, auf dem Gebiete der Kolonialpolitik liege für diese Regierung, die einen freiheitlichen Sozialismus vertritt, gar kein Anlaß zu Selbstgefälligkeit vor. Brügel erklärt, die Labourregierung habe seit 1945 mehreren hundert Millionen die Freiheit gegeben. Das nennt man aus der Not eine Tugend machen. Die englische Regierung hatte gar nicht die Möglichkeit, etwas anderes zu tun. Brügel macht viel Wesens von den Aufwendungen der Regierung, die heute den

Kolonien zugute kämen. Wie ich in der «Roten Revue», Heft 5, 1950, ausführte, wurden bis Mitte 1949 26 Millionen Pfund für die Wohlfahrt sämtlicher Kolonien verausgabt. Brügel erwähnt aber nicht, daß während des Krieges ein Vielfaches an Guthaben der Kolonien bei der britischen Regierung aufgelaufen war. Die Summen, die von der Colonial Development Corporation und vom Privatkapital «zur Entwicklung der gewaltigen Hilfsquellen des afrikanischen Kontinents» investiert werden, stehen auf einem andern Blatt. Ein überwältigendes Beweismaterial in Äußerungen verantwortlicher Labourminister der Jahre 1945 bis 1949 erhärtet meine Darstellung, daß Afrika dazu ausersehen war, durch erhöhte Lieferungen industrieller und landwirtschaftlicher Rohstoffe die finanziellen Schwierigkeiten Großbritanniens zu beheben. Beweise auch dafür, daß die Interessen der eingeborenen Bevölkerung den Produktionsplänen der Labourregierung eindeutig untergeordnet wurden, stehen Brügel zur Verfügung. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Feststellung der Budgetkommission für Kolonial-Entwicklung des britischen Unterhauses, wo im fünften Bericht (30. Juni 1948) erklärt wird: «Wenn der Zehnjahresplan über Nacht durchgeführt werden könnte, so würde dadurch die Lebenshaltung der Masse der Eingeborenen von Nigerien kaum merklich gehoben.» Brügel behauptet, die eingeborene Bevölkerung könnte zu solchen Erschließungsprojekten ihre Wünsche äußern. Die europäischen Siedler wurden und werden natürlich zu Rate gezogen, aber von einer entscheidenden Einflußnahme der Eingeborenen kann bis jetzt nicht die Rede sein, wenn auch Projekte für parlamentarische Institutionen seit Jahren von den Kolonialbehörden beraten werden. Die gegenwärtigen Verhandlungen in einzelnen Kolonien (Tanganjika zum Beispiel, siehe die Juni-Nummer der «Venture») über den Wahlmodus für die Legislative zeigen, daß von seiten der weißen Minderheit alles unternommen wird, um eine numerisch gerechte Vertretung der Eingeborenen zu verhindern. Von einer «Brechung der ungerechten Vorherrschaft des weißen Elementes» kann jedenfalls vorläufig noch nicht gesprochen werden.

Brügel behauptet, in den Kolonien erzielte Gewinne ausländischer Unternehmungen müßten heute im Lande bleiben. Rita Hinden, deren Buch («Empire and After», 1949) Brügel selbst als ausgezeichnete Schrift zitiert, stellt fest (Seite 155): «Die Produkte der Kolonien werden in Übersee verkauft und der Gewinn, abzüglich eines kleinen Bruchteils für Steuern, geht an die Aktionäre im Ausland.» Die Royalties (Ausbeutungsabgaben) der Kupferminen von Nordrhodesien, die von den Bergwerksgesellschaften an die Inhaberin der Schürfrechte (South Africa Company) zu entrichten sind, dürfen nicht mit den Dividenden der Minen verwechselt werden. Diese Royalties gehen

heute nur zu 20 Prozent an die Kolonie Nordrhodesien, und erst in 36 Jahren (!) werden sie ihr ganz zufallen.

Erziehung: Brügel anerkennt, daß der Analphabetismus in den Kolonien noch weit verbreitet ist. Daß in Malaya heute doppelt so viele Kinder zur Schule gehen wie 1941 ist wohl möglich, ebenso, daß das Volksschulwesen in Afrika nach dem Bericht des Kolonialministeriums Fortschritte gemacht hat. Angaben von Zahlen wären hier wertvoll. Welcher Prozentsatz von Eingeborenkindern erhält eine Schulbildung, wieviel wird für die Ausbildung eines Eingeborenkindes, wieviel für die eines weißen Kindes aufgewendet? Daß noch nicht genügend Lehrer und Schulgebäude zur Verfügung stehen, ist verständlich. Daß in manchen Kolonien weniger die Abneigung der Eltern gegen die Ausbildung ihrer Kinder, als ihr Angewiesensein auf die Arbeit ihrer Kinder eine Ausbildung verunmöglicht, ist ebenso sicher. Dieselbe Erscheinung zeigte sich bei Beginn der Industrialisierung in vielen europäischen Staaten, zum Beispiel auch in der Schweiz.

Ein Zwang für die Schwarzen, auf den Farmen der Weißen zu arbeiten, sei durch die Tatsachen längst überholt, behauptet Brügel. Sind denn die Kopf- und Hüttensteuern abgeschafft worden? Um die Steuern bezahlen zu können, *muß* der Eingeborene durch Arbeit in Bergwerken, auf Plantagen oder Farmen Bargeld verdienen. Sind die unzähligen Paßverfügungen, die ihn hindern, dort zu arbeiten, wo er will, aufgehoben worden? Eine Frage an Brügel: Gibt es in den britischen Kolonien Gewerkschaften mit Weißen *und* Farbigen als Mitglieder? Solche Gewerkschaften allein wären in der Lage, die Diskriminierung der Schwarzen zu bekämpfen. Brügel hätte in «Venture», Juli 1950, dem er einige seiner «Widerlegungen» entnimmt, auch lesen können, daß manche englische Gewerkschaftsberater «weniger erfolgreich seien, weil sie von den Eingeborenen mit der Kolonialregierung identifiziert würden» (Seite 4). Haben nicht weiße Angestellte und Arbeiter eine Lohngarantie von mindestens 20 Shilling pro Tag, gegenüber Löhnen für Schwarze, die nur einen geringen Bruchteil davon ausmachen? Farbige Bahnarbeiter in Westafrika zum Beispiel verdienen unter 2 Shilling im Tag («Venture», März 1950). Werden Schwarze in den Kolonien für jede Arbeit, auch in verantwortlicher Stellung, ausgebildet oder jetzt schon verwendet? Brügel weiß wohl, daß dies in den meisten Kolonien nicht der Fall ist. Wie er unter diesen Umständen von der «Beseitigung der Reste der Farbenschanke» sprechen kann, ist mir unerfindlich.

Ich habe in meinem Artikel («Rote Revue», Heft 5, 1950) schon angedeutet, daß der Gesundheitsdienst des Kolonialamtes der Schwierigkeiten seiner Aufgabe bewußt ist. Er hat in den letzten Jahren auch einige Erfolge in der

Bekämpfung der Malaria u. a. zu verzeichnen. Brügel erwähnt das Sinken der Kindersterblichkeit in den Kolonien, den vorzüglichen Gesundheitsstandard in Singapur usw. Er hätte hinzufügen können, was «Venture», das Juliheft des Fabian Colonial Bureau, meldet: Die durchschnittliche Lebensdauer auf den westindischen Inseln sei heute höher, woran die Redaktion den vielsagenden Kommentar schließt, «es sei zweifelhaft, ob diese höhere Lebensdauer, angesichts der herrschenden Überbevölkerung, wirklich ein Segen sei». Ein Kampf um die Hebung der Volksgesundheit und der Lebenshaltung – dies zeigt sich in Afrika – kann eben gegen die bestehenden Grundübel: Landraub, Zusammenherden der Eingeborenen in den Reservaten und den schlechtesten Landstrichen der Kolonien, nicht wirklich aufkommen. Solange dieses wirtschaftliche und moralische Unrecht nicht gutgemacht wird, bleiben überdies alle schönen Sprüche von Beseitigung der Reste der Farbenschanke unwirklich. Auch Brügel wird nicht entgangen sein, daß die Forderung der Vorherrschaft der Weißen, eine Art Faschismus, von der Südafrikanischen Union aus über Südrhodesien (das noch kein Dominion ist) bis nach Kenya dringt. Das Verhalten des Kolonialamtes im Fall Seretse Khama und im Fall Michael Scott läßt mich zweifeln, ob die Labourregierung gewillt sei, die weißen Machthaber in den britischen Kolonien herauszufordern. Daß immerhin neben reaktionären auch progressive Kräfte am Werke sind, erhellt aus der Tatsache, daß das Projekt für die Vereinigung der zentralafrikanischen Kolonien, durch welche das weiße Element eine Stärkung seiner Vorherrschaft erstrebt, vorläufig aufgegeben werden mußte. Aber der Bericht des Kolonialamtes über die Jahre 1949 und 1950 hinterläßt trotz umfangreicher Aufzählung von Leistungen die Frage: Ist es dies, was die Kolonialvölker wollen? Warum dann der Kampf in Malaya, der nationalistische Aufstand in Westafrika? Brügel hat gemeint, meine Bemerkung, «daß Selbstbestimmung Kräfte weckt, die ein Kolonialsystem nie wird aufrufen können», ins Lächerliche ziehen zu müssen. Rita Hinden, die mit der Kolonialfrage und der Psychologie der unselbständigen Völker besser vertraut ist als Brügel, kommt zu folgendem Schluß: «Großbritannien hat sich, im Rahmen seiner Möglichkeiten, energisch allen Aufgaben unterzogen, die man einem wohlwollenden Treuhänder zumuten kann. Aber wieviel auch immer in diesem Geist getan werden mag und wie selbstlos es geleistet wird, die entscheidende Frage bleibt: Genügt es? ... Je mehr an materiellen Werten geboten wird, um so größer wird die Kluft zwischen Herrschern und Beherrschten.» (Seiten 165/66 «Empire and After».)

Auch Norman Manley, ein hervorragender Führer der Nationalen Volkspartei Jamaikas, den Rita Hinden zitiert (Seite 170 im vorerwähnten Buch),

glaubt nicht an die koloniale «Erziehung», wie sie von den Briten gehandhabt wird. Er führt aus: «Das Tempo in der modernen Welt ist derart, daß man sich von den Vorstellungen des Kolonialministeriums frei machen muß, wonach 200 bis 300 Jahre nötig seien, um ein Kolonialvolk zur Selbstregierung fähig zu machen . . . Keine Förderung, die an ein Volk von außen herangetragen wird, keine Philanthropie und kein Hegen kann einem Volke Fortschritt bringen. Der Wachstumsantrieb kommt von innen.»

Brügel beanstandet schließlich meine Kritik an den riesigen Ausgaben, die sich Großbritannien für die Erhaltung militärischer Bereitschaft auferlegt. Er fragt: «War dies am Vorabend des Überfalls auf Korea wirklich so unbegreiflich?» Gegen Kolonialvölker, die die britische Herrschaft abschütteln wollen, werden diese Rüstungen auf die Dauer nicht viel ausrichten. England hatte schon früher Staatsmänner, die auch in andern Kategorien als Bomben, Geschützen und Stützpunkten denken konnten. Staatsmänner dieser Art verstanden es, ein Land wie Kanada zum Beispiel für die britische Völkergemeinschaft zu retten. Und der Fall Korea? Man kann sich fragen, ob nicht eine rechtzeitige Anerkennung der Regierung Mao Tse-tung durch die Amerikaner den Krieg in Korea verhindert hätte. Es kann kein Zweifel bestehen, daß unzählige britische Bürger diese Auffassung teilen. Sollte es einer Labourregierung wirklich unmöglich sein, ihre innenpolitische Erfahrung auch in der internationalen Politik, selbst einem draufgängerischen Partner gegenüber, zur Geltung zu bringen? Die Erkenntnis nämlich, daß der Kommunismus letzten Endes nicht mit Waffen, sondern nur mit etwas Höherem und Besserem erfolgreich bekämpft werden kann. Mit Freiheit, ja – aber nur in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit.

Echnaton, «ein fanatischer Reformier»

Im Jahre 1910 veröffentlichte der britische Ägyptologe Arthur Weigall, London, sein Werk «The Life and Times of Akhnaton». Weigall war ab 1905 Generalinspektor der Altertumsverwaltung in Oberägypten, welche die Ausgrabungen im Königsgräbertal zu Theben überwachte. Im Jahre 1907 wurde das Grab der Königin Tiy entdeckt, die in diesem Grabe entdeckte Mumie wurde als die des Echnaton erkannt, des Sohnes der Königin Tiy. Und nun begann eine Forschung, die eine sensationelle Periode in der Geschichte der Pharaonen bloßlegte, welche von Weigall im oben erwähnten Werk dargelegt wurde. Im Jahre 1923 erschien dann eine deutsche Übersetzung von Dr. Hermann A. J. Kees, und zwar im Verlag von *Benno Schwabe & Co. in Basel*.